

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

TÜRKISCHE SCHULEN IN ZENTRALASIEN PARLAMENTSWAHLEN IN TURKMENISTAN

■ ANALYSE		
	Türkische Schulen in Zentralasien – Ein Instrument auswärtiger Kulturpolitik? Von Fahri Türk, Edirne	2
■ STATISTIK		
	Türkische Bildungseinrichtungen in Zentralasien	6
■ DOKUMENTATION		
	Zwei Parteien, aber keine Alternative	8
■ CHRONIK		
	14. Dezember 2013 – 24. Januar 2014	10



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Zentralasien-Analysen werden unterstützt von:

MANGOLD
Consulting

VDW
Verband der Deutschen
Wirtschaft in der
Republik Kasachstan

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Türkische Schulen in Zentralasien – Ein Instrument auswärtiger Kulturpolitik?

Von Fahri Türk, Edirne

Zusammenfassung

Die Türkei hat nach dem Zerfall der Sowjetunion begonnen, mittels auswärtiger Kulturpolitik, insbesondere des Bildungswesens, Einfluss in Zentralasien zu gewinnen und ihn auszubauen. Eine ganz besondere Rolle spiel(t)en hierbei die Schulen der »Fethullah-Gülen-Bewegung«, die zwar nicht vom Staat, sondern von Anhängern des Namensgebers der umstrittenen (gemäßigt) islamischen Gruppierung gegründet wurden, aber bis vor einigen Jahren die Unterstützung der höchsten Repräsentanten des türkischen Staates hatten. Die Reaktion der Führungen der zentralasiatischen Staaten auf die Schulgründungen war unterschiedlich, in Usbekistan wurden sie schon 2000 verboten, in Turkmenistan 2011 verstaatlicht. In den drei anderen Staaten können sie ungehindert tätig sein. Der folgende Artikel zeichnet ein Bild der türkischen wie zentralasiatischen politischen Akteure und Interessen und kommt zu dem Ergebnis, dass mit der von Seiten Ankaras unwidersprochenen Schließung der Schulen in zwei Staaten eine Chance, stärkeren politischen Einfluss geltend zu machen, vertan worden ist.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde in Zentralasien von türkischer Seite eine ganze Reihe von Schulen eingerichtet. Träger sind das Bildungsministerium und die Stiftung für die Erforschung der türkischen Welt (TDAV), es gibt aber auch viele von Anhängern der Gülen-Bewegung gegründete Lehranstalten. Sie werden sowohl in der Türkei als auch in Zentralasien türkische Schulen (Türk okulları) genannt, daher wird diesem Begriff im Folgenden auch der Vorzug gegenüber der Bezeichnung Gülen-Schulen gegeben. Im Folgenden soll den Fragen nachgegangen werden, inwieweit diese türkischen Schulen, die ja von einem nichtstaatlichen Akteur betrieben werden, ein Instrument der auswärtigen Kulturpolitik der Türkei darstellen und wie erfolgreich diese Politik ist. Dabei soll der Schwerpunkt nicht auf der Gülen-Bewegung als Instrument der politischen und islamischen Indoktrination liegen, sondern auf der Verbreitung der türkischen Sprache.

Die auswärtige Kulturpolitik der Türkei

Um durch auswärtige Kulturpolitik Einfluss zu gewinnen, fördert die türkische Regierung seit dem Ende der Sowjetunion Programme, die zentralasiatische Studierende zur Ausbildung in die Türkei bringen, sie hat auch eigene Schulen gegründet und Aktivitäten von nichtstaatlichen Akteuren unterstützt.

Hatte es vor 1990 keine konsistente auswärtige Kulturpolitik der Türkei gegeben, begann man nach Ende des Kalten Krieges, Kulturzentren und Schulen in anderen Staaten ins Leben zu rufen, um die türkische Kultur und Sprache in der Welt zu fördern. Die Türkei konzentrierte ihre Aktivitäten in diesem Bereich vorrangig auf die mehrheitlich turksprachige Region Zentralasien, wo vom türkischen Staat und Nichtregierungsorgani-

sationen nicht nur Schulen, sondern auch Lernzentren für Türkei-Türkisch geschaffen wurden, zum Beispiel die »Junus-Emre-Kulturzentren« und »Lernzentren für Türkei-Türkisch«. Als wichtigste Akteure der türkischen auswärtigen Kulturpolitik lassen sich das türkische Parlament, die türkische Regierung, vor allem das Ministerium des Premierministers, das Außenministerium und das Bildungsministerium nennen, daneben auch Institutionen wie die bereits erwähnte Junus-Emre-Stiftung, die Türkische Agentur für Zusammenarbeit (TİKA) und die Stiftung für die Erforschung der türkischen Welt (Türk Dünyası Araştırmaları Vakfı – TDAV). Im nichtstaatlichen Bereich muss man vor allem die Gülen-Bewegung als Akteur hervorzuheben.

Zu den Haupttätigkeitsbereichen der auswärtigen Kulturpolitik der Türkei gehören der Unterricht in Türkisch als Fremdsprache, die Förderung türkischer allgemeinbildender Schulen, die Unterstützung von türkischen Minderheiten im Ausland und Türkisch als Sprache der Medien. Daneben sind auch türkische Fernsehkanäle eine zentrale Komponente. Mit einer durchdachten und geschickt implementierten auswärtigen Kulturpolitik wollte die Türkei einen Status als »soft power« sowohl in der Region als auch in der Welt aufbauen und stärken. Wobei die Türkei einen langen Weg vor sich hatte, da sie erst spät damit begonnen hat, Kultur- und Bildungsförderung als Mittel der Außenpolitik einzusetzen.

Die Fethullah Gülen-Bewegung

Die Fethullah Gülen-Bewegung ist eine gut organisierte und in ihrem Kern hierarchische Bewegung, die viele gut ausgebildete, politisch einflussreiche Anhänger hat. Fethullah Gülen (*1938) ist ein spiritueller, cha-

rismatischer islamischer Prediger aus der Türkei [heute in den USA lebend, Anm. d. Übers.] und der geistige Führer der gemäßigten islamischen Bewegung, die seinen Namen trägt. Gülen hat eine spezielle Richtung des *Nurcu*-Islam begründet [Nurdschu: eine mystische, pietistische Richtung im türkischen Islam, die auf Sait Nursi, 1876–1960, zurückgeht, Anm. d. Übers.]. Bildung, Dialog, Toleranz, Gewaltlosigkeit, Demokratie, moralische Werte und Modernität sind die Grundprinzipien von Gülens Philosophie. Seit den 1980er Jahren hat Gülen durch Lobbyarbeit und gute Beziehungen zu mehreren türkischen Regierungen Macht und Einfluss in der Türkei gewonnen. Bekannt ist die Gülen-Bewegung aber vor allem wegen der Gründung von Hunderten von Privatschulen nicht nur in Zentralasien, sondern in der ganzen Welt. Die Bewegung hat viele tausend Mitglieder und ist damit die größte und einflussreichste islamische Strömung in der Türkei.

Die Gülen-Bewegung hat in der Vergangenheit diverse politische Parteien unterstützt, sich jedoch an keine enger gebunden. Seit der Gründung der AKP (*Adalet ve Kalkınma Partisi*: Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) [des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, Anm. d. Übers.] im Jahr 2001 ist die Bewegung eine enge Zusammenarbeit mit der AKP eingegangen. In der Folge sind Gülen-Sympathisanten in politische und administrative Schlüsselpositionen berufen worden. Durch die Unterstützung von offizieller Seite erhielt die Gülen-Bewegung durch die Massenmedien, einschließlich vieler Zeitungen und Fernsehkanäle, großen Einfluss. Außerdem sind Mittelstands- und Kleinunternehmer, die Anhänger Gülens sind, in der Föderation Türkischer Industrieller (*TUSKON*) organisiert. Ein anderes Betätigungsfeld der Gülen-Bewegung ist der Bildungsbereich. In den späten 1990er Jahren intensivierte sie ihre Aktivitäten und gründete Schulen sowohl in der Türkei als auch in den USA, in Europa, Zentralasien, dem Mittleren Osten und Afrika.

Türkische Schulen in Zentralasien

Die von der Gülen-Bewegung geförderten Schulen bieten Vollstipendien, eine ausgezeichnete Ausstattung und eine hochqualifizierte mehrsprachige Ausbildung an. In der »Dritten Welt« besuchen vor allem Kinder der politischen und wirtschaftlichen Eliten türkische Schulen, in westlichen Ländern schicken meist Anhänger Gülens ihren Nachwuchs auf diese Lehranstalten. In der Türkei werden diese gut organisierten Privatschulen von konservativen und moderat rechts orientierten Familien bevorzugt.

Trotz der Bezeichnung türkische Schulen, ist die Unterrichtssprache an den türkischen Schulen in Zentralasien hauptsächlich Englisch. 25 Unterrichtsstunden

in der Woche werden in dieser Sprache gelehrt. Dies deshalb, um attraktiv auch für nicht-türkisch Sprechende zu sein und den Absolventen bessere Jobchancen auf der ganzen Welt zu ermöglichen. Die türkische Sprache nimmt dagegen pro Woche nur acht Stunden im Lehrplan ein. Daher meinen einige nationalistische Kritiker in der Türkei, dass die türkischen Schulen unter US-amerikanischem Einfluss stehen. Wegen der staatlichen Überwachung, unter der die Gülen-Bewegung in Zentralasien steht, sind die türkischen Schulen äußerst vorsichtig bei der Behandlung des Islam im Unterricht. Nach Angaben des Experten Bayram Balci hatten die türkischen Schulen in Turkmenistan vor ihrer Umwidmung Unterricht mit religiösem Inhalt sogar ganz vom Lehrplan gestrichen. Die Lehrer an den Gülen-Schulen sind oftmals besser qualifiziert als die Lehrer der vom türkischen Staat in Zentralasien gegründeten Schulen. Ihre Lehrer pflegen häufig gute Beziehungen zu den Behörden der zentralasiatischen Staaten. Die Schulen haben in Zentralasien eine gute Reputation. Ihre Schüler stammen aus der Mittelschicht und der Elite; jedoch können auch begabte Kinder aus einkommensschwachen Familien von den Schulverwaltungen ein Stipendium bekommen.

Die Anhänger Fethullah Gülens begannen in den 1990er Jahren, seinen Empfehlungen folgend Grund- und Sekundarschulen in den zentralasiatischen Staaten zu etablieren. In Usbekistan gab es 18 türkische Schulen. Schon 1994 wies die Regierung unter Präsident Karimow Lehrer türkischer Schulen mit der Begründung aus, dass sie einen [nicht staatskonformen] Islam propagierten. Eine Hälfte der türkischen Schulen wurde dann im Schuljahr 1999/2000 geschlossen, die andere Hälfte ein Jahr später. Somit betreibt die Gülen-Bewegung heute keine Schulen mehr in Usbekistan. In Turkmenistan wurden die türkischen Schulen 2011 verstaatlicht. Die Tatsache, dass es in diesen beiden Staaten (fast) keine türkischen Schulen mehr gibt, kann als schwerer Schlag für die auswärtige Kulturpolitik der Türkei angesehen werden. Doch bestehen insgesamt nach wie vor 50 Lehranstalten in Zentralasien. Dazu zählen auch Universitäten, die auf die Gülen-Bewegung zurückgehen. Die Süleyman-Demirel-Universität in Almaty, die Internationale Atatürk-Alatoo Universität in Bischkek und die Türkisch-Turkmenische Universität in Aschchabad wurden von Gefolgsleuten Gülens begründet.

Türkische Schulen und die Repräsentanten des türkischen Staates

Hochrangige türkische Politiker, wie die Präsidenten Turgut Özal (1989–1993) und Süleyman Demirel (1993–2000), haben im Rahmen ihrer Auslandsreisen in den Ländern häufig auch türkische Schulen besucht und

türkische Geschäftsleute ermutigt, dort Schulen einzurichten. Der gegenwärtige Präsident der Türkei, Abdullah Gül, steht den Aktivitäten der Gülen-Bewegung ebenfalls positiv gegenüber, sein Engagement erreichte seinen Höhepunkt 2012, als er den turkmenischen Präsidenten Gurbanguly Berdymuchammedow um Unterstützung für die türkischen Schulen bat. In seiner Zeit als türkischer Außenminister verschickte er ein geheimes Rundschreiben an die türkischen diplomatischen Vertretungen, in denen er deren Mitarbeiter ermutigte, Veranstaltungen von Institutionen der Gülen-Bewegung zu besuchen und diese Organisationen zu unterstützen. Premierminister Recep Tayyip Erdogan hat die türkischen Schulen früher auch unterstützt und 2012 anlässlich des 10. Jubiläums der Türkisch-Olympiaden sogar einen Preis der Gülen-Bewegung erhalten. Aufgrund des aktuellen ideologischen Konflikts zwischen der türkischen Regierung und der Bewegung gilt dieses Engagement allerdings als beendet.

Durch ihre Zusammenarbeit mit der AKP-Regierung seit 2002 wurde die Gülen-Bewegung so mächtig, dass einige türkische Experten sie schon als dritte Kraft neben der AKP und der türkischen Armee ansahen. Die ideologischen Differenzen zwischen der AKP und der Gülen-Bewegung haben das dramatisch verändert. Als bezeichnend für diese neue Konstellation kann man vielleicht ansehen, dass die Verstaatlichung türkischer Schulen durch die turkmenischen Behörden im Jahr 2011 von der türkischen Regierung nicht einmal kritisiert wurde.

Die Einstellungen der zentralasiatischen Regierungen zur Gülen-Bewegung

Das Verhältnis der Regierungen der zentralasiatischen Staaten zur Gülen-Bewegung ist nicht von ihrem Verhältnis zur Türkei zu trennen. So war die Bewegung Fethullah Gülens von der Verschlechterung der türkisch-usbekischen Beziehungen, die 1994 in der bereits erwähnten Ausweisung einiger türkischer Lehrer aus Usbekistan gipfelte, direkt betroffen. Nach Ansicht Taschkents propagierten diese Schulen nicht staatskonforme islamische Werte und trugen somit zur Radikalisierung junger Menschen bei. Muhammed Solih [usbekischer Oppositionspolitiker, der seit 1993 im Exil lebt, Anm. d. Übers.] hat 2011 darauf verwiesen, dass es in den Gefängnissen Usbekistans noch immer schätzungsweise mehr als 100 junge Männer gibt, die beschuldigt werden, Anhänger der Gülen-Bewegung oder Mitglieder der *Nurcu*-Sekte zu sein. Doch tatsächlich bestand ihre einzige Schuld darin, dass sie türkische Schulen besucht hatten. Nach Attentatsversuchen gegen Präsident Karimow verboten die usbekischen Behörden im Schuljahr 1999/2000 zehn von türkischen Geschäftsleu-

ten finanzierte türkische Schulen in Usbekistan. Überdies wurden auch in diesem Fall die dort beschäftigten Lehrer sofort aus Usbekistan ausgewiesen. Die usbekische Regierung erlaubte den betroffenen Schülern zudem nicht, ihre Schulausbildung zu Ende zu führen, ihre Absolventen konnten sich nicht an usbekischen Universitäten einschreiben.

Erwähnt werden muss auch, dass die Repressalien der usbekischen Behörden sich nicht nur auf die türkischen Schulen beschränkten. Sie führten auch Aktionen gegen mit der Gülen-Bewegung verbundene Unternehmen durch. So wurde z. B. der Manager der Ufuk-Gesellschaft, İbrahim Karadayı, in den späten 1990er Jahren ohne irgendwelche Beweise verhaftet. Das usbekische Regime verteidigte und rechtfertigte diese antidemokratischen und nicht rechtsstaatlichen Praktiken in Zeitungsartikeln und Fernsehsendungen. Seit 2010 führt die Regierung von Präsident Karimow erneut Maßnahmen gegen türkische Geschäftsleute in Usbekistan durch, indem sie unter dem Vorwurf der Steuerhinterziehung sowie des Besitzes islamistischer Literatur und anderer Anschuldigungen Repräsentanten Unternehmen liquidieren lässt. Das brachte einem Unternehmen wie dem international tätigen Mischkonzern Turkquaz Verluste im Umfang von 50 Mio. US-Dollar ein. Sehr zum Ärger der geschädigten Geschäftsleute kritisierte die AKP-Regierung dieses ungerechtfertigte Vorgehen der usbekischen Seite nicht. Die türkische Presse verhielt sich in dieser wichtigen Angelegenheit ebenfalls zurückhaltend. Nach Angaben des Journalisten Süleyman Salur wurden im Zuge der Operationen der usbekischen Sicherheitskräfte 54 türkische Geschäftsleute verhaftet. Der Fernsehsender und die Zeitung der Arbeiterpartei (Ulusal Kanal und Aydınlik Gazetesi) beschuldigten diese Männer, Anhänger der Gülen-Bewegung zu sein.

Die Regierung Turkmenistans beschuldigte die Leitung der türkischen Schulen, panturkistisches Gedankengut zu verbreiten und turkmenische Beamte zu bestechen, um ihren Absolventen einflussreiche Positionen im Staatsapparat zu verschaffen und verstaatlichte 2011 15 türkische Schulen, mit Ausnahme des Mustafa-Kemal-Atatürk-Schule in Aschchabad.

Die türkischen Schulen in Zentralasien geben aber nicht nur Anlass zu Beschwerden. Während Usbekistan und Turkmenistan den türkischen Schulen ablehnend gegenüberstanden, hat man in Kasachstan stets betont, dass sie eine Bereicherung der Bildungslandschaft darstellen. Zum Beispiel hat der ehemalige kasachstanische Premierminister (2007–2012), Karim Massimow, aus Anlass eines Besuchs der türkischen Schule in Atyrau die Zufriedenheit seiner Regierung mit den Bildungsbemühungen der türkischen Schulen zum Ausdruck

gebracht. Bergej Ryskalijew, der damalige Gouverneur des Gebietes Atyrau, erklärte, dass 2009 auch eine türkisch-kasachische Schule für Mädchen gegründet werden solle. Sogar der kasachstanische Präsident Nursultan Nasarbajew zeigte sich 2007 mit der Tätigkeit türkischer Schulen in seinem Lande zufrieden und lobte deren Beitrag zur Stärkung der türkisch-kasachischen Beziehungen.

Fazit

Die türkischen Schulen, die von der Gülen-Bewegung nahe stehenden Geschäftsleuten ins Leben gerufen wurden, waren in der Vergangenheit ein zentrales Element der auswärtigen Kulturpolitik der Türkei. In den 1990er Jahren hat der türkische Staat diese Schulen mit symbolischen Gesten unterstützt. Staatsmänner wie die Präsidenten Özal, Demirel und Gül haben sie unterstützt

und Empfehlungsschreiben für diese Einrichtungen an ihre zentralasiatischen Kollegen gesandt. Kasachstan und Kirgistan stehen der Tätigkeit dieser Schulen auch heute sehr positiv gegenüber, in Usbekistan und Turkmenistan wurden sie aber (fast) alle unter dem Vorwurf der Propaganda für einen nicht staatskonformen Islam, bzw. den Panturkismus geschlossen, bzw. nationalisiert. Diesen Schritt kann man als Eliminierung von türkischer »soft power« in Zentralasien auffassen, sie stellt also einen schweren Schlag für die auswärtige Kulturpolitik der Türkei in Zentralasien dar. Wenn der türkische Staat seinen Einfluss geltend machen will, sollte er sich bewusst machen, dass die Unterstützung dieser Schulen insbesondere in Zentralasien von großer politischer und gesellschaftlicher Bedeutung ist.

Aus dem Englischen von Brigitte Heuer

Über den Autor:

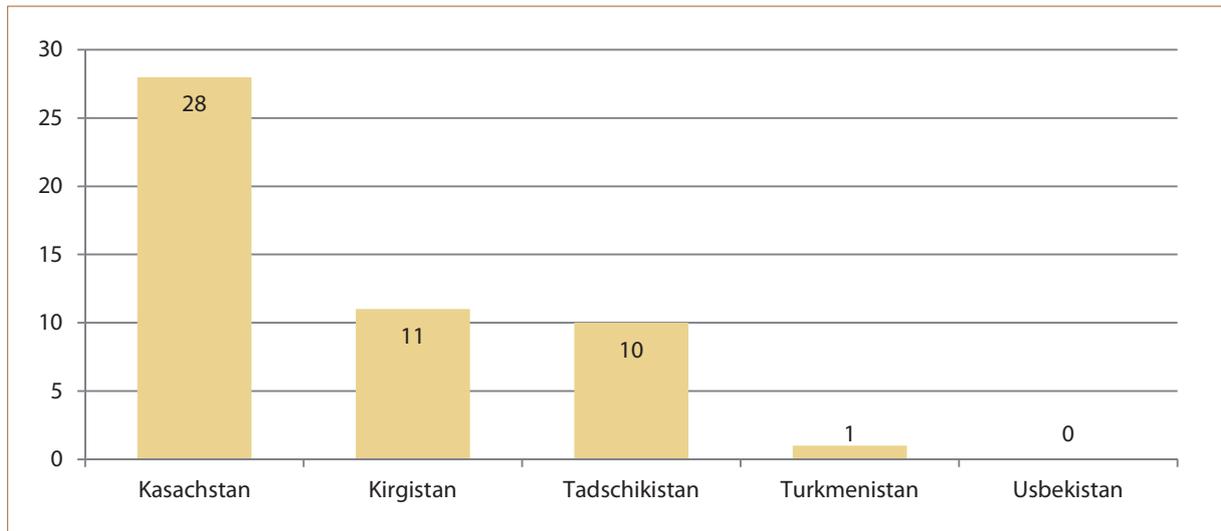
Fahri Türk ist Assoziierter Professor am Fachbereich Politische Wissenschaften der Fakultät für Wirtschaft und Verwaltungswissenschaften, Universität von Thrakien in Edirne, Türkei.

Lesetipps:

- Bayram Balci, Sait Nursi and Fetullah Gülen: Religious and educational activities between Turkey and Central Asia 20 years after the end of the USSR, in: FergananeWS, 27.1.2013, = <<http://enews.fergananeWS.com/articles/2815>>
- Roman Muzalevsky, Fetullah Gülen's Movement in Central Asia: A Blessing or a Curse?, CACI-Analyst, 9.1.2009, = <<http://old.cacianalyst.org/?q=node/5167>>
- Fetullah Gülen's Hizmet Movement, BBC News World, 18. 12. 2013, = <<http://www.bbc.co.uk/news/world-13503361>>
- Günter Seufert, Überdehnt sich die Bewegung von Fetullah Gülen? Eine türkische Religionsgemeinde als nationaler und internationaler Akteur, SWP-Studie, S 23, Dezember 2013, = <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S23_srt.pdf>

Türkische Bildungseinrichtungen in Zentralasien

Grafik 1: Anzahl der türkischen Schulen in Zentralasien 2012



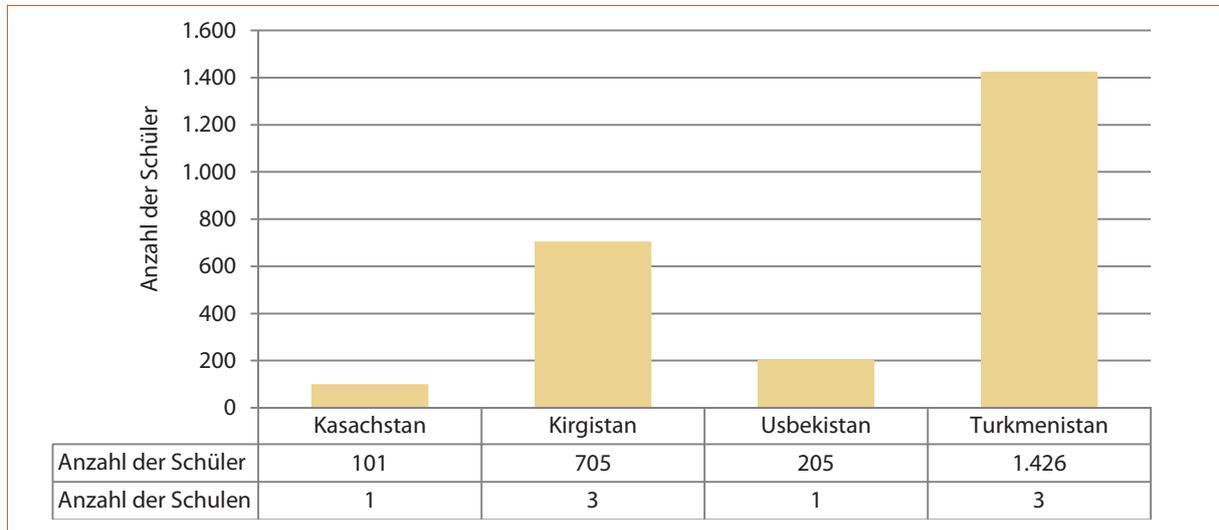
Quelle: Fabri Türk, *Türkiye ve Orta Asya Ülkeleri Arasındaki İlişkiler 1992–2012 (Die Beziehungen zwischen der Türkei und den zentralasiatischen Staaten)*, in: ders., *Türk Dış Politikasında Orta Asya ve Orta Doğu 1990'lerden Günümüze (Die türkische Außenpolitik gegenüber Zentralasien und dem Mittleren Osten. Von 1990 bis heute, Edirne 2013, S. 9.*

Tabelle 1: Teilnehmer und Absolventen an den Lernzentren für Türkei-Türkisch in Zentralasien

Lernzentrum	Anzahl der Teilnehmer (2012–2013)	Anzahl der Absolventen (1995–2011)
Almaty	2.070	6.126
Bischkek	2.047	12.800
Duschanbe	256	2.031
Aschchabad	847	9.967

Quelle: Milli Eğitim Bakanlığı Avrupa Birliği ve Dış İlişkiler Genel Müdürlüğü İstatistikleri (Bildungsministerium, Abteilung für die Europäische Union und Außenbeziehungen-Statistiken), 25.10.2013.

Grafik 2: Schulen des türkischen Bildungsministeriums in Zentralasien, 2012–2013



Quelle: Milli Eğitim Bakanlığı Avrupa Birliği ve Dış İlişkiler Genel Müdürlüğü İstatistikleri (Bildungsministerium, Abteilung für die Europäische Union und Außenbeziehungen-Statistiken), 25.10.2013.

Tabelle 2: Fakultäten der Stiftung für die Erforschung der türkischen Welt 2012–2013

Fakultät	Studentenzahl/Staatsangehörigkeit	
	Türkisch	Andere
Fakultät für Betriebswirtschaftslehre Dschalalabad		
Betriebswirtschaftslehre	4	96
Politikwissenschaften	16	81
Fachrichtung für Tourismus und Gastronomie	-	43
Volkswirtschaftslehre	-	45
Fakultät für Sozial- und Erziehungswissenschaften Dschalalabad		
Turkologie	27	25
Geschichtswissenschaft	4	2
Gesamt Kirgistan	51	292
Korkut Ata Universität Kisilorda		
Turkologie	16	2
Gesamt Kasachstan	16	2
Insgesamt	67	294

Quelle: Yüce, Mehmet, Türk Dünyası Araştırma Vakfının Türk Dünyasına Yönelik Eğitim Faaliyetleri (Bildungstätigkeit der Stiftung für die Erforschung der türkischen Welt), in: Yeni Türkiye, Sayı 53, Yıl 9, Temmuz 2013, S.1152-1154.

Außerdem unterhält TDAV insgesamt sechs Schulen in Aserbaidschan, Kasachstan (Kentaу, Kisilorda) und der Russischen Föderation (Tatarstan).

Zwei Parteien, aber keine Alternative

Am 15. Dezember 2013 war die Bevölkerung Turkmenistans aufgerufen, turnusgemäß ein neues Parlament zu wählen. Dabei hatte sie erstmals die Wahl zwischen zwei Parteien, was in der offiziellen Berichterstattung als großer Fortschritt bewertet wurde. Die staatliche Nachrichtenagentur TDCh schrieb am Wahltag: »Zu den grundlegenden Prinzipien der heutigen Wahlen gehören ihre weitgehenden Wahloptionen, ihre Transparenz und Offenheit als unumstößliche Bedingungen der Bestärkung demokratischer Normen im Leben der turkmenischen Gesellschaft. ... Die heutigen Wahlen sind ein Ereignis außerordentlicher Wichtigkeit, das auf der Grundlage ständig wachsenden bürgerlichen Bewusstseins der Nation und der alles überflügelnden sozioökonomischen Entwicklung des Landes, die Resultat der konsequenten Verwirklichung der Politik der Reformen des Präsidenten Turkmenistans, Gurbanguly Berdymuchammedow sind, stattfindet.« Ein Vertreter von Amnesty International sprach dagegen von »Betrug«.

Ein Blick auf die vorangegangenen Ereignisse kann die unterschiedlichen Bewertungen erklären. Turkmenistan hat seit 2008 ein Einkammer-Parlament, das für fünf Jahre gewählt wird. Schon laut Verfassung hat es vergleichsweise wenige Kompetenzen, in Realität ist es Bestätigungsorgan der Beschlüsse des Präsidenten. Bisher saßen dort nur Abgeordnete der Demokratischen Partei. Dies ist die vom ersten Präsidenten des Landes, Saparmurad Nijasow (Turkmenbaschi), gegründete Partei – die Nachfolgeorganisation der Kommunistischen Partei Turkmenistans. Weitere Parteien waren nicht erlaubt. Schon die Verfassung von 2008 ließ sie aber grundsätzlich zu, das im Januar 2012 auf Anordnung des Präsidenten erlassene Parteiengesetz enthielt schließlich die Ausführungsbestimmungen. Am 21.8.2012 konstituierte sich dann in Aschhabad unter einem riesigen Bild von Präsident Berdymuchammedow die »Partei der Industriellen und Unternehmer«. Über ihr Programm ist nichts bekannt. Die offiziellen Medien bezeichnen sie als erste Oppositionspartei, auswärtige Beobachter sprachen ihr aber jede Unabhängigkeit ab. Im Mai 2013 folgte schließlich ein neues Wahlgesetz. (Im Januar 2013 ist auch ein neues Gesetz über Massenmedien in Kraft getreten, das sich zum Prinzip der Pressefreiheit bekennt und Zensur und staatliche Einmischung im Medienbereich verbietet.) In für die Region ganz typischer Weise ist also in den letzten Jahre de jure eine gewisse Demokratisierungstendenz zu erkennen, auf die die staatliche Berichterstattung abhebt, die aber keine Entsprechung in der Realität findet. Errichtet werden stattdessen Fassaden der Demokratie, hinter denen sich weiterhin ein extrem autokratisches Regime verbirgt.

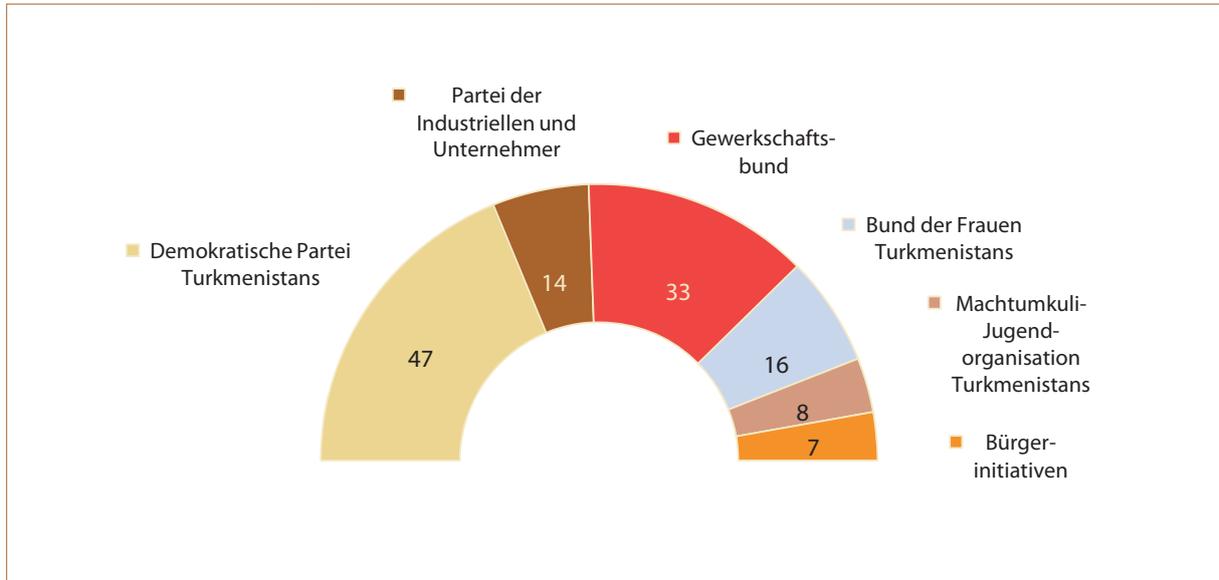
So hat die Unternehmerpartei natürlich im Vorfeld der Wahl keine dem Präsidenten widersprechenden Positionen bezogen. Alle registrierten Kandidaten, eingeschlossen jene der Frauenunion, der Gewerkschaften und des Jugendbundes, waren handverlesen und auf Loyalität zum Präsidenten überprüft. Vertreter der echten Opposition waren vom Regime zur Teilnahme aufgefordert worden, hatten sich aber wegen schlechter Erfahrungen und Misstrauen gegen die Aufstellung von Kandidaten unter der Kategorie Bürgergruppen entschieden. Die Wahlen waren also politisch ohne Alternative.

Bezüglich der Zahl der Kandidaten war bei der letzten Wahl tatsächlich eine Veränderung zu beobachten. Während sich beispielsweise 1994 51 Kandidaten um damals 50 Parlamentssitze bewarben, waren es 1999 schon mehr als doppelt so viele, nämlich 104 für 50 Sitze. Und dieses Mal 283 für 125 Sitze, d. h. in den meisten Wahlkreisen gab es zwei oder sogar drei Kandidaten. (Verteilung der Kandidaten: Demokratische Partei: 99; Unternehmerpartei: 21; Vereinigung der Gewerkschaften: 89; Frauenunion: 37; Jugendorganisation Machtumkuli: 22; Bürgergruppe: 15). Doch solange alle Kandidaten auf Präsidententreue überprüft werden, ist auch das nur Fassade.

ODIHR hatte angesichts der Vorgeschichte wie bislang immer auf eine volle Wahlbeobachtung verzichtet, aber erstmals ein kleines Team von 15 Personen für kurze Zeit nach Aschhabad geschickt. Auch Beobachter der Parlamentarischen Versammlung der OSZE waren vor Ort. Der offizielle Bericht der Mission soll erst im Februar veröffentlicht werden. Der Leiter der Mission der Parlamentarischen Versammlung, der irische Senator James Walsh, erklärte aber in einem Interview nach der Wahl: »Turkmenistan hat sicherlich noch einen langen Weg zu gehen, um die OSZE Verpflichtungen bezüglich demokratischer Standards und Menschenrechten zu erfüllen.« Wie auch nach Wahlen in anderen zentralasiatischen Staaten fiel das Urteil der Wahlbeobachter der GUS ganz anders aus. Der Vorsitzende ihrer Mission, der Russe Sergej Lebedjew, bescheinigte dem Regime eine Wahl entsprechend der Verfassung und des Wahlgesetzes, die im Prinzip demokratische Normen beachtete, offen, transparent war und den freien Ausdruck der Bürger des Landes darstellte.

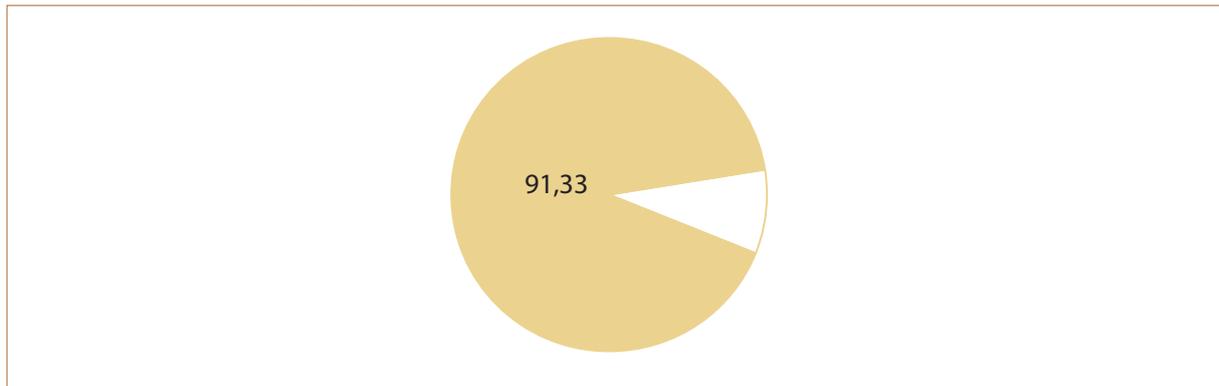
Zu den Besonderheiten turkmenischer Wahlen gehört auch, dass das am 18.12. bekanntgegebene offizielle Wahlergebnis nicht die Prozente für die einzelnen Wettbewerber, sondern nur die Sitzverteilung im neuen Parlament nennt. Die Wahlbeteiligung war mit 91,3% für turkmenische Verhältnisse ungewöhnlich niedrig, wird aber dennoch von manchen Beobachtern angezweifelt. Am 7.1.2014 fand die konstituierende Sitzung statt, bei der Akdscha Nurberdyjewa als Parlamentsvorsitzende in ihrem Amt bestätigt wurde.

Grafik 1: Offizielle Ergebnisse der Parlamentswahlen in Turkmenistan vom 15.12.2013: Sitzverteilung



Quelle: Amtliche Nachrichtenagentur TDCh, <<http://tdh.gov.tm/ru/2013-04-13-07-33-68/5335-2013-12-18-21-28-41>>

Grafik 2: Offizielle Ergebnisse der Parlamentswahlen in Turkmenistan vom 15.12.2013: Wahlbeteiligung (%)



Quelle: Amtliche Nachrichtenagentur TDCh, <<http://tdh.gov.tm/ru/2013-04-13-07-33-68/5335-2013-12-18-21-28-41>>

14. Dezember 2013 – 24. Januar 2014

Kasachstan

14.12.2013	Präsident Nursultan Nasarbajew bezeichnet Astana während einer Rede zu den Feierlichkeiten zum Tag der Unabhängigkeit als das »A und O des neuen kasachstanischen Patriotismus.«
14.12.2013	Der neu ernannte stellvertretende Außenminister Erschan Aschikbajew wird sich vorrangig den kasachstanisch-US-amerikanischen Beziehungen sowie der Kandidatur Kasachstans für einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat (2017–18) widmen, heißt es in einer Mitteilung des Außenministeriums.
17.12.2013	Im Gebiet Akmola müssen Kräfte des Katastrophenschutzes mehr als 100 Menschen aus Schneeverwehungen auf Straßen retten.
18.12.2013	Der kostenlose Web-Sprachkurs <www.soyle.kz> zum Erlernen des Kasachischen geht online.
18.12.2013	Kasachstan wird schon bis zum Jahr 2025 unter die 30 führenden Staaten der Welt aufsteigen, meldet das Portal »Kasachstan-2050« unter Berufung auf den Professor der Business School des Kingston University London, Robin Matthews.
18.12.2013	Die Regierung finanziert im Rahmen eines bilateralen Partnerschaftsabkommens mit Kirgistan den Bau zweier Schulen in Bischkek und im Gebiet Osch, teilt der stellvertretende Bildungsminister Takir Balykbajew im Parlament mit.
18.12.2013	Vertreter des kasachstanischen und des französischen Verteidigungsministeriums vereinbaren in Astana eine stärkere bilaterale Zusammenarbeit ab dem Jahr 2014.
18.12.2013	Der russische Präsident Wladimir Putin kündigt nach Gesprächen mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wiktor Janukowitsch an, Aktionen Russlands, der Ukraine und Kasachstans auf dem globalen Weizenmarkt stärker zu koordinieren.
18.12.2013	Ein in der Schweiz anhängiges Verfahren wegen Geldwäsche gegen den Schwiegersohn des Präsidenten, Timur Kulibajew, wurde wegen Mangels an Beweisen eingestellt, meldet die Zeitung Le Temps.
19.12.2013	Wegen anhaltender widriger Wetterverhältnisse werden zahlreiche Flüge zwischen Astana und anderen Städten des Landes annulliert. In der Hauptstadt werden Schulen geschlossen und mehrere Überlandstraßen gesperrt.
19.12.2013	Bei einem Briefing in Astana äußert Außenminister Jerlan Idrisow die Hoffnung, dass die Strafverfolgung gegen die im Oktober 2013 in Deutschland des Zigaretenschmuggels beschuldigten ehemaligen kasachstanischen Diplomaten in Kasachstan erfolgt. Zudem kündigt er für 2014 die Eröffnung einer Botschaft in Mexiko an.
19.12.2013	Der Gouverneur des Gebiets Kostanaj, Nuraly Saudakasow, kündigt eine Verdopplung der KFZ-Produktion für das Jahr 2014 an. Derzeit werden in Kostanaj Fahrzeuge der Marken Ssangyong und Peugeot produziert, 2014 soll das erste kasachstanische Auto vom Typ »Nomad« vom Band laufen.
20.12.2013	In Ermittlungen gegen den ehemaligen Präsidenten-Schwiegersohn Rachat Alijew wegen der Ermordung des Oppositionellen Altynbek Sarsenbajew im Jahr 2006 wird die Beweislage durch FBI-Untersuchungen gestützt, erklärt der stellvertretende Generalstaatsanwalt Andrei Krawtschenko.
20.12.2013	Präsident Nasarbajew schlägt im Rahmen einer Rede zum Tag der Industrialisierung vor, nichtgesetzmäßige Kontrollen privater Unternehmer mit Korruptionsvergehen gleichzustellen.
20.12.2013	Der Gouverneur des Gebiets Pawlodar, Jerlan Aryn, tritt zurück. Sein Nachfolger wird der bisherige Gouverneur des Gebiets Schambyl, Kanat Bosumbajew, der wiederum von seinem bisherigen Stellvertreter, Karim Kokrekbajew, ersetzt wird.
20.12.2013	Der Vorsitzende des Senats, Kasym-Schomart Tokajew, begrüßt die Entscheidung der Regierung kasachstanische Soldaten für UN-Peacekeeping-Missionen zur Verfügung zu stellen, da dies zum Ansehen des Landes beitrage.
21.12.2013	Der stellvertretende Landwirtschaftsminister Muslim Umirjajew wird wegen Verdachts der Annahme einer Schmiergeldzahlung in Höhe von 100.000 US-Dollar verhaftet.
23.12.2013	Am Rande einer einer Sitzung der EurasEC in Moskau unterzeichnet Präsident Nasarbajew mehrere richtungsweisende Abkommen im Rahmen der Zollunion.
23.12.2013	An der Grenze zwischen Kasachstan und Kirgistan im Gebiet Schambyl werden drei neue Übergänge eröffnet.

23.12.2013	Verteidigungsminister Adilbek Dschaksybekow erörtert bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Schoigu den Stand der bilateralen Zusammenarbeit.
24.12.2013	Vor einem Gericht in Atyrau beginnen die vorläufigen Anhörungen im Fall des ehemaligen Gouverneurs des Gebiets, Bergej Ryskalijew. Ryskalijew werden Korruptions- und Wirtschaftsvergehen mit einem Schaden von 71 Mrd. Tenge (455 Mio. US-Dollar) zur Last gelegt.
24.12.2013	Die italienische Außenministerin Emma Bonino erklärt, dass der Ehefrau von Ex-BTA Bank-Chef Muchtar Abljasow, Alma Schalabajewa, ein Visum für die heute von offizieller Seite gestattete Ausreise nach Italien erteilt werde. Schalabajewa hatte sich dort bis Mai dieses Jahres mit einem gefälschten Pass der zentralafrikanischen Republik aufgehalten, bevor sie nach Kasachstan entführt wurde.
24.12.2013	Premierminister Serik Achmetow weist das Finanzministerium an, 200.000 US-Dollar an humanitärer Hilfe an Sri Lanka zu überweisen.
24.12.2013	Landwirtschaftsminister Asylschan Mamytbekow erklärt, dass er zurücktreten werde, wenn sich die Bestechungsvorwürfe gegen seinen bisherigen Stellvertreter Umirjajew bestätigen sollten.
25.12.2013	Premier Achmetow fordert in einer Rede mehr Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit von den Ministerialverwaltungen.
25.12.2013	Malta Today meldet unter Berufung auf die zyprische Zeitung Simerini, dass der ehemalige Präsidentenschwiegersohn Alijew einen Antrag auf die zyprische Staatsangehörigkeit gestellt habe.
26.12.2013	Ein Gericht in Astana bestätigt den Verbleib des ehemaligen stellvertretenden Landwirtschaftsministers Umirjajew in der Untersuchungshaft.
26.12.2013	Das kasachstanische Unternehmen Diamond-Trans investiert ca. 1 Mio. US-Dollar in den Bau eines Tourismus-Projekts in der Stadt Baikonur, meldet Tengrinews unter Berufung auf das Ministerium für Industrie und neue Technologien.
26.12.2013	Der stellvertretende Finanzminister Ruslan Dalenow gibt bekannt, dass die Staatsverschuldung aktuell 26,5 Mrd. US-Dollar und damit nur 1,9 % des BIP betrage.
27.12.2013	Die KFZ-Produktion in Kasachstan wird im Jahr 2014 um fast 60 % von 35.000 auf 53.000–55.000 Stück steigen, erklärt der Vorsitzende der Assoziation für die Autoindustrie, Andrej Lawrentjew.
27.12.2013	Der Bürgermeister von Astana, Imamgali Tasmagambetow, teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass sein Monatseinkommen 650.000 Tenge (ca. 4.160 US-Dollar) betrage.
30.12.2013	Der ehemalige General Abdyrasak Iljiasow wird von einem Militärgericht in Almaty wegen eines schweren Korruptionsvergehens zu 13 Jahren Lagerhaft verurteilt.
30.12.2013	Ein Durchschnittsbürger Kasachstans konsumierte im Jahr 2012 rund 4 kg Pferdefleisch, meldet die Agentur für Statistik.
1.1.2014	Präsident Nasarbajew macht sich bei einem Besuch in Almaty mit dem Stand der Bauarbeiten am umstrittenen Skiessort Kok-Schailau vertraut.
1.1.2014	Die Renten in Kasachstan werden um 9 % angehoben. Zudem steigt das Mindesteinkommen für Arbeitnehmer. Gleichzeitig steigen die Preise im Bahnverkehr um 7 %, die Alkohol- und Tabaksteuer um 100 %.
6.1.2014	Bis zur Expo-2017 in Astana sollen in der Hauptstadt 38 neue Hotels errichtet werden, gibt das Bürgermeisteramt bekannt.
7.1.2014	Eine Familie von Migranten aus Kirgistan zündet sich aus Protest gegen ungeklärte Grundstücksrechtsfragen vor einem Gebäude der lokalen Verwaltung in Aktau (Gebiet Mangystau) an.
8.1.2014	Verschärfungen der Gesetzgebung in Immigrationsfragen, die u. a. die Vergabe von Arbeitsgenehmigungen für Arbeitsmigranten betreffen, treten in Kraft.
9.1.2014	Das zuständige Gericht in Aix-en-Provence entscheidet, dass Ex-BTA Bank-Chef Abljasow nach Russland ausgeliefert werden darf. Abljasows Anwälte kündigen Widerspruch an.
10.1.2014	Die Staatsanwaltschaft stoppt die Aktivitäten von elf Unternehmen, die jahrelang an der illegalen Zuwanderung von Migranten aus Pakistan und China nach Kasachstan verdient hatten.
10.1.2014	Vor einem Gericht in der Stadt Taldykorgan (Gebiet Almaty) beginnt die vorläufige Anhörung im wieder aufgenommenen Fall der Ermordung des Oppositionellen Altynbek Sarsenbajew.

13.1.2014	Tengrinews meldet unter Berufung auf die Grundstücksverwaltung der Stadt Almaty, dass bereits 2,5 ha der Baracholka-Basaragglomeration in Almaty geräumt und in städtischen Besitz rücküberführt wurden. Nach wie vor sind dort aber 23 Märkte in Betrieb.
13.1.2014	Die Tochter von Präsident Nasarbajew, Dariga, schlägt bei einer Rede im Parlament vor, die zahlreichen natürlichen Cannabis-Vorkommen im Tal des Tschu-Flusses (Gebiet Schambyl) internationalen Pharmaunternehmen zur kommerziellen Nutzung zu überlassen.
13.1.2014	Innenminister Kalmuchanbet Kasymow erklärt im Rahmen einer öffentlichen Stunde im Parlament, dass die Kriminalität extremistischer Natur im vergangenen Jahr rapide zurückgegangen sei.
14.1.2014	Interfax-Kasachstan meldet unter Berufung auf die Generalstaatsanwaltschaft, dass Kasachstan weiterhin eine direkte Auslieferung Ex-BTA Bank-Chefs Abljasow anstrebe.
14.1.2014	Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Johann Merkel gibt eine Gesetzesänderung bekannt, mit der die Zahlung von Geldstrafen auf kleine und mittlere Verbrechen, die in keiner Beziehung zu Morddelikten stehen, eingeführt wird. Diese waren zuvor mit Haftstrafen geahndet worden.
14.1.2014	ITAR-TASS meldet, dass der stellvertretende Minister für Wirtschaft und Haushaltsplanung, Timur Dschaksylykow, einen Beitritt Kasachstans zur WTO in diesem Jahr für wahrscheinlich hält.
15.1.2014	Vor dem Gebäude der Weltraumagentur KazCosmos in Astana wird ein Demonstrant festgenommen, der gegen den Start von Proton-M-Raketen vom Weltraumbahnhof Baikonur protestiert hatte.
15.1.2014	Schanai Omarow wird zum stellvertretenden Kultur- und Informationsminister ernannt.
15.1.2014	Nach Angaben der Zollbehörde von Urumtschi hat der Export von Lebensmitteln aus Xinjiang (VR China) nach Kasachstan in den ersten 11 Monaten 2013 um fast 20 % zugenommen.
16.1.2014	Wegen starken Windes in Verbindung mit ergiebigen Schneefällen werden im Norden des Landes erneut zahlreiche Überlandstraßen für den Verkehr gesperrt.
16.1.2014	Der ehemalige stellvertretende Direktor des in die Kritik geratenen, insolventen Tablet-Computer-Werks in Aktau (Gebiet Mangystau), Aleksandr Pawlenko, erhebt schwere Vorwürfe gegen die Steuerbehörde, die ihm angeblich die Schuld für die Insolvenz anlasten möchte.
16.1.2014	Kasachstan ratifiziert ein Protokoll, das gemeinsame Abstimmung bei der Stationierung von Truppen und Militärbasen von Nicht-CSTO-Mitgliedsstaaten in der CSTO vorsieht.
17.1.2014	In seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation, die sich der Verwirklichung der Strategie Kasachstan-2050 widmet, spricht sich Präsident Nasarbajew u. a. für einen stärkeren Kampf gegen Verschwendung in Ministerien, für den Bau eines Kernkraftwerks und die drastische Erhöhung von Gehältern und Stipendien aus.
17.1.2014	Die Vereinigten Arabischen Emirate schieben 12 kasachstanische Staatsbürger aus Gründen nationaler Sicherheit in deren Heimat ab. Die Männer waren im Oktober festgenommen worden, über die Gründe wurden abweichende Angaben (von Missachtung der Einreiseformalitäten bis religiösem Extremismus) gemacht.
17.1.2014	Generalstaatsanwalt Aschat Daulbajew gibt bekannt, dass im Jahr 2013 fast 600 »destruktive« Websites blockiert wurden.
18.1.2014	Das Katastrophenschutzministerium gibt bekannt, dass 110 Personen aus Schneeverwehungen im Gebiet Akmola befreit werden mussten.
19.1.2014	Der Emir von Katar, Scheich Hamad bin Chalifa Al-Tani, trifft zu einem offiziellen Staatsbesuch in Astana ein, wo er u. a. von Präsident Nasarbajew empfangen wird.
20.1.2014	Tengrinews meldet unter Berufung auf den Minister für regionale Entwicklung, Bolat Schamischew, dass mit Karaganda, Aktau und Ust-Kamenogorsk (Öskemen) drei weitere urbane Zentren zu Agglomerationen ausgebaut werden sollen.
21.1.2014	Eine belarussische Delegation unter Leitung des Architektur- und Bauministers Anatolij Tschernyj trifft zu Gesprächen in Astana ein.
21.1.2014	Ex-Premier Karim Massimow, zuletzt Chef der Präsidialverwaltung, wird zum Staatssekretär ernannt und ersetzt damit Marat Taschin, der auf eine andere, nicht weiter spezifizierte Position versetzt wird.
21.1.2014	Eine Güterzugverbindung vom Hafen Yiwu in der chinesischen Provinz Zhejiang via Chorgos nach Almaty und weiter nach Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan und Tadschikistan wird aufgenommen.
22.1.2014	Präsident Nasarbajew trifft zum Weltwirtschaftsforum in Davos ein.

22.1.2014	Verteidigungsminister Dschaksybekow unterzeichnet während eines Staatsbesuchs in Tel Aviv mit seinem israelischen Amtskollegen Moshe Ya'alon ein Abkommen über verstärkte militärisch-technische Zusammenarbeit. In iranischen Medien trifft das Abkommen auf Missfallen.
22.1.2014	Die Erdölimporte von Kasachstan nach China sind im Jahr 2013 um rund 14 % auf ein neues Rekordhoch von 11,85 Mio. t gestiegen, meldet die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua.
22.1.2014	Der Direktor der Weltraumagentur KazKosmos, Talgat Musabajew, empfängt den Chef des Unternehmens IAB GmbH, Joachim Klein, zu Gesprächen über die deutsch-kasachstanische Zusammenarbeit im Raumfahrtsektor.
22.1.2014	Mehrere westliche Medien, darunter SPON, melden, dass ein kasachstanischer Mathematiker die Lösung für das zweite der Millenniumsrätsel, das so genannte Navier Stokes-Problem, gefunden haben will.
23.1.2014	Die Anhörungen zum Korruptionsfall um den Ex-Gouverneur des Gebiets Atyrau, Bergej Ryskalijew, beginnen vor einem Gericht in der Stadt Atyrau.
23.1.2014	Präsident Nasarabajew trifft den britischen Ex-Premier Tony Blair in Davos zu Gesprächen über die Strategie Kasachstan-2050.
23.1.2014	Das Unternehmen Kazatomprom gibt in seinem Jahresbericht bekannt, dass 2013 22.500 t Uran gefördert wurden. Damit ist Kasachstan für 38 % der weltweiten Produktion verantwortlich.
23.1.2014	Das Innenministerium stellt für die Jahre 2014 bis 2016 201,5 Mrd. (rd. 1,3 Mrd. US-Dollar) für seine inländischen Truppen bereit, meldet deren Kommandeur, Ruslan Dschaksylykow.
24.1.2014	In Teilen Nordkasachstans werden Temperaturen unter -40 Grad Celsius gemessen, eine Besserung ist nach Ansicht von Meteorologen nicht in Sicht. Derweil wird bekannt, dass ein Hochgeschwindigkeitszug auf der Fahrt von Petropawlowsk nach Almaty wegen eines technischen Problems sechs Stunden unbeheizt auf freiem Feld stehen geblieben war.
24.1.2014	Präsident Nasarabajew trifft in der Schweiz mit dem Chef der EU-Kommission, Jose Manuel Barroso, zu Gesprächen über die europäisch-kasachstanische Zusammenarbeit sowie mit dem Präsidenten der Schweiz, Didier Burkhalter, zusammen.

Kirgistan

16.12.2013	Präsident Almasbek Atambajew zieht vor der Presse eine positive Bilanz seiner bisherigen Amtszeit, die bisherigen Maßnahmen gegen die weit verbreitete Korruption bezeichnet er allerdings als »Spitze des Eisberges«.
16.12.2013	Flüchtlinge aus Afghanistan demonstrieren vor dem Haus der UN in Bischkek und fordern eine Lösung ihrer Staatsbürgerschaftsprobleme. Die UN erklärt sich für nicht zuständig.
17.12.2013	Nach Angaben des Arbeitsministeriums haben in den letzten 20 Jahren 450.000 kirgisische Staatsbürger die russische Staatsbürgerschaft angenommen.
17.12.2013	Vize-Premier Dschoormat Otorabajew empfängt den Direktor für Zentralasien und den Kaukasus der Japan International Cooperation Agency (JICA), Tetsuya Yamada, zu Gesprächen vor allem über von der japanischen Organisation geförderte Straßenbauprojekte.
17.7.2013	Im Rahmen des 16. Treffens der Zwischenregierungskommission Kirgistan-Russland über wirtschaftliche, wissenschaftliche und humanitäre Zusammenarbeit in Bischkek wird eine Reihe von Dokumenten unterzeichnet.
17.12.2013	Mit der Veröffentlichung in der staatlichen Zeitung Erkin-Too tritt das Gesetz über den besonderen Status der Städte Bischkek und Osch in Kraft. Damit kann die Vorbereitung für die Wahl ihrer Bürgermeister beginnen.
17.12.2013	Im Jahr 2013 wurden 83,5 Mio. US-Dollar in den Bildungssektor investiert, wird auf einer Regierungssitzung bekannt.
17.12.2013	Ein Gebietsgericht in Dschalalabad verurteilt die Demonstranten, die im Juni 2013 zur Unterstützung des Ata-Dschurt Führers Kamschibek Taschijew die Überlandstraße Bischkek-Osch blockiert und ein Verwaltungsgebäude besetzt hatten, zu vier- bis sechsjährigen Freiheitsstrafen.
18.12.2013	Nachdem in dem grenznahen Dorf Ak-Sai (Gebiet Batken) eine Datscha abgebrannt ist und die Dorfbewohner einen Tadschiken der Brandstiftung verdächtigen, stehen sich ca. 200 Tadschiken und Kirgisen auf der Überlandstraße Isfara-Woruch gegenüber, die Straße ist blockiert.

18.12.2013	Das Parlament verabschiedet das Programm über den Übergang Kirgistans zur nachhaltigen Entwicklung, 2013–2017.
20.12.2013	Die seit dem 17.12. blockierte Straße zwischen der tadschikischen Enklave Woruch und dem Dorf Ak-Sai (Gebiet Batken) ist wieder offen, der stellvertretende Premier Tokon Mamytow äußert allerdings die Befürchtung, dass Provokateure die Situation nutzen könnten, um zwischenethnische Spannungen zwischen Kirgisen und Tadschiken aufkochen zu lassen.
21.12.2013	24.kg meldet, dass in Bischkek eine Zelle der islamistischen Hizb-ut Tahrir aufgedeckt und fünf Männer verhaftet wurden.
23.12.2013	Kirgistan gibt offiziell bekannt, dass es ab 2014 kein Geld (bisher 9 Mio. US-Dollar) mehr an Usbekistan für die Durchleitung von Strom zahlen werde, da man die betroffenen Gebiete nun anders versorgen könne.
23.12.2013	Während einer Parlamentssitzung wird bekannt, dass es 2013 zu 43 Konflikten an der Grenze zu Tadschikistan gekommen ist.
24.12.2013	Nach Angaben des Nationalen Komitees für Statistik ist die Zahl der in Kirgistan tätigen türkischen Industrieunternehmen leicht von 67 im Jahr 2008 auf 55 in 2012 zurückgegangen. 20% dieser Unternehmen sind im Lebensmittelsektor tätig und produzieren nahezu die gesamten in Kirgistan hergestellten Süßwaren.
24.12.2013	Nach Angaben von Energie- und Industrieminister Osmonbek Artykbaew hatte der Toktogul-Stausee in diesem Jahr 30% weniger Wasserzufluss als im Vorjahr, dank Vorratshaltung sei die Menge (16 Mrd. m ³) aber ausreichend für eine Energieerzeugung nach Plan.
24.12.2013	Fergananeews.com meldet, dass Kirgistan auf einem Treffen der Mitglieder und Anwärter der Zollunion in Moskau den Zeitplan für seinen Beitritt nicht unterschrieben hat, da die Mitgliedsstaaten nicht bereit waren, die von Kirgistan geforderte finanzielle Unterstützung zu zahlen. Ein neuer Zeitplan soll im Frühjahr 2014 fertig gestellt sein.
25.12.2013	Ungefähr die Hälfte aller Empfänger von Altersbezügen (292.000 Personen) erhalten eine Rente von weniger als dem offiziellen Subsistenzniveau von 4.890 Som (ca. 99 US-Dollar).
26.12.2013	Das Parlament beschließt eine Amnestie anlässlich des UN-Menschenrechtstages, mit der ca. 1/3 der Gefangenen des Landes frei kommen werden.
27.12.2013	In der Nacht zum 27.12. wird das Büro der Menschenrechtsorganisation Bir Dujno Kyrgyzstan (Eine Welt Kirgistan) der bekannten Menschenrechtlerin Tolekan Ismailowa in Bischkek ausgeraubt.
30.12.2013	Erst jetzt wird bekannt, dass aus dem nationalen Kunstmuseum in Bischkek während einer Weihnachtsfeier der Mitarbeiter am 27.12. ein Gemälde des bekannten russischen Malers Iwan Aiwasowskij verschwunden ist.
30.12.2013	Außenminister Jerlan Abdyldajew konstatiert gegenüber Journalisten eine Verbesserung der Beziehungen zu Usbekistan in letzter Zeit.
2.1.2014	Die russische Botschaft in Bischkek dementiert die Behauptung des Ata-Dschurt Führers Taschijew, Russland habe seiner Familie politisches Asyl gewährt.
6.1.2014	Präsident Atambajew kritisiert den dem Parlament vorliegenden Entwurf eines neuen Vertrages mit der Centerra Ltd. für die Kumtor-Goldmine als den nationalen Interessen Kirgistans schädend und fordert eine Bearbeitung durch die Regierung.
7.1.2014	In Dschalalabad werden ein und in Talas drei Mitglieder der Bande des zurzeit in Bischkek vor Gericht stehenden Schwerkriminellen Kamschibek Kolbajew festgenommen.
8.1.2014	Der durch ein im Internet aufgetauchtes Sex-Video unter Druck geratene Groß-Mufti Rachmatulla-Hajji Egemberdijew, gegen den auch schon seit längerem wegen Annahme von Bestechungsgeldern ermittelt wird, tritt zurück.
8.1.2014	Premierminister Dschantoro Satybaldijew erklärt, dass die Verhandlungen über den Beitritt Kirgistans zur Zollunion 2014 Priorität haben.
8.1.2014	Kyrgyzgaz meldet, dass für das erste Quartal 2014 Lieferverträge für Gas mit Usbekistan und Kasachstan zu den gleichen Konditionen wie zuvor abgeschlossen wurden.
8.1.2014	Mit Ablauf der Registrierungsfrist für Kandidaten der neu eingeführten Bürgermeisterwahl ist klar, dass es in Bischkek mit Kubanyschbek Kulmatow nur einen Kandidaten gibt, in Osch tritt neben dem umstrittenen langjährigen Stadtoberhaupt Melis Mirsakmatow auch noch der von der Mehrheit der Stadtverordneten unterstützte Aitmamat Kadyrbajew an.

9.1.2014	Das Komitee für nationale Sicherheit gibt die Verhaftung zweier illegal eingereister kasachstanischer Staatsbürger nach ihrer Rückkehr von einem Einsatz im syrischen Bürgerkrieg bekannt. Am Vortag war bereits gemeldet worden, dass im Dezember in Osch ein Mitglied der Islamischen Dschihad Union (IDU) festgenommen wurde, der die Entsendung von Kirgisen nach Syrien organisiert haben soll.
11.1.2014	Am Mittag kommt es nur vier Tage nach Abschluss einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über Demarkierung und Delimitation des Abschnittes Ak-Sai an der Grenze zu Tadschikistan (Gebiet Batken) genau dort zu einem Schusswechsel mit Granateneinsatz zwischen kirgisischen und tadschikischen Grenzern. Beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig der Grenzverletzung und der Eröffnung des Feuers.
13.1.2014	Der Übergangschef des Grenzschutzes, Rajimberdi Duischenbijew, erklärt auf einer Pressekonferenz in Bischkek, dass bei dem Grenzzwischenfall am 11.1. sechs kirgisische Staatsbürger und drei Tadschiken verletzt wurden. Es seien gezielt sieben Granaten auf kirgisische Seite abgeschossen worden. Die Chefs der tadschikischen und kirgisischen Grenztruppen vereinbaren bei einem Treffen in Batken, die bewaffneten Einheiten aus den Grenzorten abzuziehen. Die tadschikische Seite fordert kategorisch die Einstellung des Baus der Straße Ak-Sai – Kok-Tasch, die tadschikisches Territorium verletze.
14.1.2014	Nach Angaben des kirgisischen Grenzdienstes in die Lage bei Ak-Sai äußerst angespannt, vier Schulen im Grenzgebiet wurden geschlossen, weitere Truppen im Gebiet Batken stationiert. Kirgistan ruft seinen Botschafter aus Duschanbe zurück.
15.1.2014	Die Stadträte von Bischkek und Osch wählen die neuen Bürgermeister. In Osch wird Aitmamat Kadyrbajew mit 25 von 45 Stimmen gewählt. Eine unter großem Sicherheitsaufgebot auf dem Hauptplatz der Stadt versammelte Kundgebung von 4.000–5.000 Menschen zur Unterstützung des Kandidaten Mirsakmatow löst sich letztlich auf dessen Aufforderung hin auf. Vorangegangen war ein vergeblicher Versuch das Gebäude der Stadtregierung zu stürmen bei dem 16 Polizisten verletzt wurden.
14.1.2014	Nach Angaben des Nationalen Statistischen Komitees ist das BIP Kirgistans 2013 um 10,5 % auf 350 Mrd. Som (7,1 Mrd. US-Dollar) gestiegen. Das durchschnittliche Monatseinkommen lag bei 11.085 Som (225 US-Dollar) und damit 4,9 % höher als im Dezember 2012.
16.1.2014	Eine gemeinsame Grenzkommission untersucht die Vorgänge vom 11.1. vor Ort, die Lage ist stabil. Premier Satybaldijew kündigt aber an, dass die Grenze bis zur vollständigen Aufklärung der Ereignisse geschlossen bleibt.
16.1.2014	Die stellvertretenden Bürgermeister von Osch erklären nach der Wahlniederlage von Mirsakmatow ihren Rücktritt und betonen, dies aus freien Stücken zu tun.
16.1.2014	Das Parlament bestätigt in erster Lesung einen Gesetzentwurf, der Verbreitung von Pornografie unter höhere Strafen stellt.
16.1.2014	Eine Regierungsdelegation trifft in Moskau mit Vertretern der kirgisischen Diaspora zu Gesprächen über Probleme der Arbeitsmigranten zusammen.
17.1.2014	Präsident Atambajew entlässt den bisherigen Vorsitzenden des Komitees für religiöse Angelegenheiten, Abdulatif Dschumabajew, und ernennt Orosbek Moldalijew zu seinem Nachfolger.
17.1.2014	Der Straßenbau bei Ak-Sai wird unter dem Schutz von Militär fortgesetzt.
17.1.2014	Der stellvertretende russische Energieminister Anatolij Janowskij erklärt auf kritische Nachfragen in der Duma, dass das Engagement der russischen Gazprom in Kirgistan kein Wohltätigkeitsprojekt sei, sondern trotz hoher Anfangsinvestitionen langfristig auf Gewinn ausgerichtet ist.
18.1.2014	Präsident Atambajew entlässt Landwirtschaftsminister Tschingisbek Usakbajew auf eigenen Wunsch.
20.1.2014	Akipress meldet unter Berufung auf Regierungsdaten, dass 40 % der ländlichen Bevölkerung kein sauberes Trinkwasser zur Verfügung steht und nur 21 % der Bevölkerung Anschluss an eine Kanalisation hat.
20.1.2014	Die staatlichen Sicherheitsagenturen beenden eine zweitägige gemeinsame Übung im Gebiet Batken. Die Reservisten des Gebiets waren ebenfalls zu Schießübungen einberufen.
20.1.2014	Ombudsmann Baktybek Amanbajew trifft sich während seines Arbeitsbesuches im russischen Jekaterinburg auch mit Vertretern der kirgisischen Arbeitsmigranten.
21.1.2014	Das Innenministerium dementiert Gerüchte über ethnische Zusammenstöße zwischen kirgisischen und usbekischen Jugendlichen in Batken.
22.1.2014	Nach Angaben aus dem Ministerium für Arbeit, Migration und Jugend halten sich aktuell 137 Flüchtlinge in Kirgistan auf, 122 davon stammen aus Afghanistan.

22.1.2014	Nach inoffiziellen Angaben wurden auf dem Flughafen von Bischkek die Kontrollen für ankommende tadschikische Fluggäste sowie Kirgisen mit dem Reiseziel Duschanbe verschärft.
23.1.2014	Am Morgen kommen nahe der Grenze zu China im Gebiet Issyk-Kul bei Schießereien zwischen Grenzsoldaten und 11 illegal aus China eingedrungenen Personen zwei Kirgisen und alle Eindringlinge ums Leben. Erste Vermutungen gehen davon aus, dass es sich um uighurische Extremisten handelte.
23.1.2014	Ein Gericht in Osch verurteilt sieben Angeklagte usbekischer Nationalität wegen Vergehen während der ethnischen Zusammenstöße 2010 zu Freiheitsstrafen von sechs bis acht Jahren.
24.1.2014	Verteidigungsminister Talaipek Omuralijew unterzeichnet nach einem Treffen mit einer Delegation der Volksbefreiungsarmee einen Vertrag über chinesische militärische und technische Unterstützungszahlungen in Höhe von mehr 40 Mio. Yuan (ca. 6,6 Mio. US-Dollar).
24.1.2014	Aus Dschalalabad wird die Verhaftung von vier der Mitgliedschaft bei Hizb-ut Tahrir verdächtigen Männern gemeldet.

Tadschikistan

16.12.2013	Das Parlament bestätigt in einer außerordentlichen Sitzung die von Präsident Emomali Rachmon vorgeschlagene neue Regierung.
18.12.2013	Nachdem mehrere Mitglieder des Unter- und Oberhauses des Parlaments im Rahmen der Regierungsbildung zurückgetreten waren, setzt die Zentrale Wahlkommission den 15.2.2014 als Datum für die Nachwahlen für beide Kammern des Parlaments fest.
19.12.2013	Das staatliche Steuerkomitee und die Betreibergesellschaft des Sangtuda-1-Wasserkraftwerkes unterzeichnen einen Vertrag über die Zahlung der Steuerschulden des Unternehmens, der dem Unternehmen die Weiterarbeit ermöglicht.
22.12.2013	IWPR meldet, dass Sicherheitskräfte aus dem Süden Tadschikistans wachsende Mitgliederzahlen islamistischer Gruppierungen wie IMU und Dschamaat Ansarullah festgestellt haben.
23.12.2013	Es wird bekannt, dass das staatliche Aluminiumwerk TALCO 2014 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll.
24.12.2013	Drei tadschikische Studenten des Instituts für das Studium der arabischen Sprache für Ausländer in Syrien werden von einem Gericht in Duschanbe zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe wegen Teilnahme am Aufstand gegen den syrischen Staatschef verurteilt.
25.12.2013	Der Geschäftsmann und Oppositionelle Said Saidow wird vom Obersten Gericht wegen Vergewaltigung, Freiheitsentzug, Polygamie, Annahme von Bestechungsgeldern und Machtmissbrauch zu 26 Jahren Freiheitsentzug und Konfiszierung seines Eigentums verurteilt.
26.12.2013	Ein Kameramann, der vor dem Gericht gefilmt hatte und daraufhin verhaftet wurde, kommt nach Protesten frei, mehrere ebenfalls verhaftete Familienangehörige und Unterstützer Saidows werden nach Zahlung von Geldstrafen freigelassen.
26.12.2013	Präsident Rachmon empfängt CSTO-Generalsekretär Nikolaj Bordjuscha zu Gesprächen u. a. über die Notwendigkeit einer Verstärkung der tadschikischen Grenztruppen.
26.12.2013	Am Abend wird im Südwesten Moskaus ein 32jähriger Tadschike mit durchgeschnittener Kehle tot aufgefunden.
27.12.2013	Mehrere Opfer des schweren Verkehrsunfalls vom 9.10., der dem Sohn des Eisenbahnchefs Rasul Amanullo zur Last gelegt wird, verweigern die Aussage, bzw. eine Klage gegen ihn einzureichen.
29.12.2013	Bei dem Selbstmordanschlag auf den Bahnhof von Wolgograd ist auch ein 53jähriger tadschikischer Staatsbürger ums Leben gekommen, ein weiterer wurde schwer verletzt.
30.12.2013	Ein Sprecher der Nationalbank weist amerikanische Beschuldigungen, dass die Bank Geschäfte mit einem iranischen Geschäftsmann macht, der auf der US Black List steht, zurück. Das von Babak Morteza Zanjani präsentierte Dokument über die Überweisung von 2 Mrd. US-Dollar von der Nationalbank nach Iran sei eine Fälschung.
8.1.2014	Das Parlament unterstützt den Vorschlag der Regierung, die Einführung einer obligatorischen Krankenversicherung aus Mangel an Haushaltsmitteln auf 2017 zu verschieben.

8.1.2014	Das Parlament ratifiziert zwei Vereinbarungen mit der Weltbank über Unterstützungen in Höhe von insgesamt 26 Mio. US-Dollar zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Privatwirtschaft und der Verbesserung der Wasserversorgung Duschanbes.
8.1.2014	In Reaktion auf Berichte in deutschen Tageszeitungen, dass Mitglieder der tadschikischen Elite gestohlene deutsche Luxuslimousinen fahren, erklärt das Innenministerium, dass seit 2011 127 gestohlene Autos registriert wurden, davon stammten 57 aus Deutschland. Keiner dieser Wagen werde von Mitgliedern der Familie Rachmon genutzt.
10.1.2014	Bei der offiziellen Eröffnung des Heizkraftwerkes Duschanbe-2 erklärt Präsident Rachmon, dass Energieunabhängigkeit die wichtigste Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung sei und daher bereits große Mittel in den Bau mittlerer und großer Kraftwerke investiert wurden und auch in Zukunft investiert werden.
10.1.2014	Das Ministerium für Energie und Wasserressourcen bestätigt Meldungen, dass das Sangtuda-2-Wasserkraftwerk seit Mitte Dezember aus technischen Gründen abgestellt sei. Es gebe aber keinen Zusammenhang mit unbezahlten Gasschulden.
10.1.2014	Nach Angaben aus dem Gesundheitsministerium ist die Zahl der mit allen Typen von Hepatitis Infizierten 2013 gestiegen. Insgesamt sollen mehr als 10.000 Menschen erkrankt sein.
10.1.2014	Der Bürgermeister von Duschanbe verbietet »nicht-traditionelle« Musik im öffentlichen Personennahverkehr der Stadt.
14.1.2014	Das Verteidigungsministerium dementiert Berichte, dass es Truppen entlang der Grenze zu Kirgistan zusammengezogen habe. Zuvor hatte das Außenministerium die kirgisische Seite beschuldigt, den Anlass für die Auseinandersetzungen im Bezirk Isfara-Batken gegeben zu haben.
14.1.2014	Nach Angaben des Bildungsministeriums haben im Schuljahr 2012/13 2.630 Kinder (davon 1.480 Mädchen) keine Schule besucht, vor allem wegen zu großer Entfernung der Schule vom Wohnort.
14.1.2014	Nach Angaben des Vorsitzenden des Komitees für religiöse Angelegenheiten, Abdurachim Cholikow, sind, seit Präsident Rachmon im Sommer 2010 Eltern dazu aufgefordert hatte, 2705 an ausländischen muslimischen Lehranstalten lernende junge Leute nach Tadschikistan zurückgekehrt, nur 170 sind im Ausland geblieben.
15.1.2014	Die Militärstaatsanwaltschaft des Gebietes Sogd nimmt wegen des Grenzzwischenfalles am 11.1. Ermittlungen wegen versuchten Mordes und Grenzverletzung auf. Es bestehe kein Zweifel, dass Kirgisen unerlaubt auf tadschikisches Territorium vorgedrungen und Menschen in Todesgefahr gewesen seien.
15.1.2014	Bei einem Treffen in Isfara unterzeichnen die Chefs der Grenztruppen und Regierungsvertreter Tadschikistans und Kirgistans ein Protokoll über den Abzug bewaffneter Einheiten aus dem Grenzgebiet. Außerdem werden gemeinsame Grenzpatrouillen vereinbart.
15.1.2014	Bei einer Kabinettsitzung werden die Wirtschaftsdaten für 2013 genannt. Demnach wuchs die Wirtschaft um 7,4%, das BIP betrug 40,5 Mrd. Somoni (8,5 Mrd. US-Dollar) und die Inflationsrate 3,4%.
16.1.2014	Das Ministerium für Wasser und Energie teilt mit, dass ihm keine Angaben darüber vorliegen, wann das seit Mitte Dezember still stehende Wasserkraftwerk Sangtuda-2 wieder in Betrieb gehen kann.
16.1.2014	Präsident Rachmon gibt auf einer Regierungssitzung bekannt, dass die Armutsrate 2013 um 2,6% auf 35,6% gesunken ist.
18.1.2014	Es wird bekannt, dass das staatliche Komitee für religiöse Angelegenheiten eine einheitliche graue Bekleidung für Imame festgelegt hat, die diese von nun an zu tragen verpflichtet sind.
19.1.2014	Präsident Imomali Rachmon ernennt mit Sarif Bobokalonow (zugleich Chef des Generalstabs), Saidamir Rosikow and Abduhalim Nasarow neue stellvertretende Verteidigungsminister.
20.1.2014	In Chudschand wird den Hinterbliebenen die Leiche eines 34jährigen Mitgliedes der Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT) übergeben. Der Mann war im Oktober 2013 wegen Extremismus verhaftet worden und während eines Verhörs aus dem Fenster der Polizeiwache im zweiten Stock gesprungen.
20.1.2014	Die Nationalbank erhält die Zulassung für die Moskauer Börse.
22.1.2014	Präsident Rachmon empfängt OSZE-Parlamentarier aus Schweden und Dänemark zu einem Gespräch über den Stand der Zusammenarbeit.
23.1.2014	Nach Angaben des staatlichen Zolldienstes betrug der Außenhandelsumsatz 2013 5,3 Mrd. US-Dollar und damit 3,1% mehr als im Vorjahr (4,13 Mrd. Import, 1,17 Mrd. Export). Wichtigster Importeur war die Russische Föderation, der Export ging vor allem in die Türkei.

23.1.2014	Bei erneuten Gesprächen zwischen Vertretern des tadschikischen und kirgisischen Grenzdienstes in Isfara kommen beide Seite zu keiner Einigung über den Weiterbau der umstrittenen Straße bei Ak-Sai. Gleichzeitig wird gemeldet, dass kirgisische Grenztruppen ihren Kampf gegen Schmuggel an der gemeinsamen Grenze intensiviert haben.
-----------	--

Turkmenistan

15.12.2013	Parlamentswahlen finden »unter aktiver Beteiligung der Bürger« statt, meldet die staatliche Nachrichtenagentur TDCh. Erstmals sind Kandidaten von zwei Parteien, davon keine oppositionelle, zugelassen.
16.12.2013	Vesti.uz meldet unter Berufung auf Angaben des (inzwischen zurückgetretenen) türkischen Wirtschaftsministers Zafer Caglayan, dass türkische Unternehmen im Jahr 2013 Bauaufträge in Turkmenistan im Gesamtvolumen von 10,2 Mrd. US-Dollar ausgeführt haben.
16.12.2013	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow unterschreibt ein Dekret über den Bau einer Meerwasserentsalzungsanlage am Kaspischen Meer durch die türkische Polimeks Holding.
17.12.2013	Der Leiter der OSZE-Wahlbeobachtermission bei den zurückliegenden Parlamentswahlen, James Walsh, erklärt, dass Turkmenistan »noch einen langen Weg zur Erfüllung seiner Verpflichtungen für demokratische Standards und Menschenrechte zu gehen habe«, dass dieser jedoch »produktiver als Isolation« sei.
18.12.2013	Bei einem im Fernsehen übertragenen Treffen mit Präsident Berdymuchammedow bescheinigt ihm der Leiter der GUS-Wahlbeobachtermission, Sergej Lebedjew, eine demokratische, freie und transparente Durchführung der Parlamentswahlen.
19.12.2013	Die Zentrale Wahlkommission gibt die Ergebnisse der zurückliegenden Parlamentswahlen bekannt. Von insgesamt 125 Mandaten gehen 47 an die Demokratische Partei, 14 an die Unternehmerpartei und 33 an Gewerkschaften. Die übrigen Sitze gehen an verschiedene gesellschaftliche Gruppen.
20.12.2013	Die nationale Fluglinie Turkmenhovaellary kündigt eine Erweiterung des Streckennetzes an. So sollen in näherer Zukunft Paris, Mailand, München, Rom, Nowosibirsk und Dschidda angefliegen werden, ab 2015 sind weitere Ziele wie Riga, Kuala Lumpur und Hanoi geplant.
21.12.2013	Präsident Berdymuchammedow fordert interessierte Bürger zur »Pilgerfahrt« an das Grab des am 21.12.2006 verstorbenen Präsidenten Saparmurat Nijasow auf.
21.12.2013	Auf einer erweiterten Kabinettsitzung legt Präsident Berdymuchammedow die Leitlinien für den außenpolitischen Kurs des Landes fest. Außenminister Raschid Meredow weist er an, entsprechende Schritte für die Eröffnung neuer diplomatischer Vertretungen einzuleiten.
21.12.2013	Präsident Berdymuchammedow kündigt die Wahl des Parlamentspräsidenten für Januar 2014 an. Aussichtsreichste Kandidatin ist die ehemalige Vize-Premierministerin, Chefin des Zentralrats der Frauenunion und des nationalen Zentrums der Gewerkschaften, Maisa Jasmuchammedowa.
25.12.2013	Die türkische Calik Holding erhält den Zuschlag für die Modernisierung des turkmenischen Stromnetzes, wird während eines Treffens von Präsident Berdymuchammedow und dem Unternehmenschef Achmed Calik bekannt.
7.1.2014	Die bisherige Parlamentspräsidentin Akdscha Nurberdyjewa wird überraschend in ihrem Amt bestätigt.
10.1.2014	Während der ersten Kabinettsitzung im neuen Jahr sieht Präsident Berdymuchammedow das BIP-Wachstum im Jahr 2013 bei 10,2%. In einer Rede kritisiert er jedoch das langsame Wachstum im Öl- und Gassektor und entlässt den Chef des Konzerns Turkmengaz, Karakeldy Abdyllajew. Sein Nachfolger wird Tscharymuchammed Chommadow. Energieminister Murad Artykow wird zum Chef des Ministerkabinetts erklärt. Entlassen werden zudem Zentralbankaufsichtsratschef Tuwakmamed Dschaparow und die Chefs mehrerer anderer staatlicher Banken.
13.1.2014	U.S. Assistant Secretary of State für Süd- und Zentralasien, Nisha Biswal, trifft zu einem zweitägigen Besuch in Aschchabad ein.
15.1.2014	Chronika Turkmenistana meldet, dass ab dem Sommerhalbjahr mehrere Werke von Präsident Berdymuchammedow (im Umfang von 7–10 Stunden pro Quartal) in den Lehrplan des Literaturunterrichts von Mittelschulen aufgenommen werden sollen.
15.1.2014	In der Stadt Turkmenbaschi (Gebiet Balkan) kommt es zu einem Erdbeben der Stärke 5,0–5,2, über Schäden wird nichts bekannt.

17.1.2014	Präsident Berdymuchammedow verwarnt bei einem Treffen des Nationalen Sicherheitsrats den zuständigen Minister, Jailym Berdijew, sowie den Chef der Einwanderungsbehörde, Dowrangeldy Bairamow, wegen schlechter Arbeitsergebnisse.
17.1.2014	Eine Delegation unter Leitung des Regionalverantwortlichen für Afghanistan der UN-Organisation zum Kampf gegen Drogenkriminalität (UNODC), Jeremy Milsom, wird ins Außenministerium zu Gesprächen empfangen.
18.1.2014	Bei einer Kabinettsitzung fordert Präsident Berdymuchammedow den sparsameren Umgang der Bevölkerung mit Gas und kündigt die Ausstattung von Privatwohnungen mit Gaszählern an.
18.1.2014	Die Nachrichtenagentur TDCh meldet, dass die im vergangenen Jahr erstmals durchgeführte »Woche der Gesundheit« zu einem »Monat der Gesundheit« (1.–30.4.) ausgeweitet werden soll.
20.1.2014	Der iranische Außenminister Javad Zarif trifft zu einem Forum über die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit in Aschchabad ein. U. a. wird er von Präsident Berdymuchammedow empfangen und unterschreibt mit seinem turkmenischen Amtskollegen Meredow ein Abkommen über die gemeinsame Ausbeutung von Energiequellen in Grenzgebieten.
22.1.2014	Eine chinesische Delegation unter Leitung des Leiters der Abteilung für Entwicklungsfragen des Western Region Development Programs, Ou Xiaoli, wird ins Außenministerium zu Gesprächen über die bilaterale Entwicklung empfangen.
23.1.2014	Es wird bekannt, dass Turkmenistan als einziges Land Zentralasiens nicht bei den Olympischen Spielen in Sotschi vertreten sein wird.

Usbekistan

14.12.2013	UzDaily.uz meldet, dass Präsident Islam Karimow den bisherigen Innenminister Bachodir Matljubow entlassen und seinen bisherigen Stellvertreter Adchamschon Achmedbajew zum Nachfolger ernannt hat.
16.12.2013	Finanzministerium und Steuerkomitee heben zum 1.1.2014 die Minimalpreise für alkoholische Getränke an, ein Liter Wein muss dann im Geschäft statt bisher 3.350 Sum mindestens 4.000 Sum (1,80 US-Dollar) kosten.
17.12.2013	Fergananeews.com meldet, dass das technische Equipment der bankrotten Telekommunikationsgesellschaft Uzdurobita an die usbekische Uzbektelekom übergeben wurde.
17.12.2013	Nach Angaben des usbekischen Dienstes von RFE/RL wurden der Nationale Sicherheitsdienst und das Innenministerium vereint und die Generalstaatsanwaltschaft dem Nationalen Sicherheitsdienst unterstellt.
18.12.2013	RIA Novosti meldet, dass Usbekistan 2014 22 Mio. US-Dollar von arabischen Finanzinstitutionen zur Umstellung von Schulen auf erneuerbare Energieträger erhalten wird.
19.12.2013	Experten der Weltbank sagen Usbekistan wegen des mit dem Klimawandel verbundenen Temperaturanstiegs ein Sinken der Weizen- und Baumwollerträge um ein Drittel voraus, wenn nicht versucht wird, sich den neuen Bedingungen anzupassen.
19.12.2013	Uzmetronom.com berichtet, dass in Taschkent Polizisten den Auftrag haben zu ermitteln, welche Bürger zwischen 2002 und 2013 mit welchem Ziel und bei wem im nahen oder fernen Ausland waren.
19.12.2013	Präsident Karimow ersetzt den bisherigen Gouverneur des Gebietes Suchandarja, Normumin Tschorijew, durch Eschdawlat Dschurajew. Tschorijew werden Fehler und Versäumnisse bei Organisation und Disziplin vorgeworfen.
20.12.2013	Die russische Nachrichtenagentur Interfax berichtet, dass Usbekistan seine Gaslieferungen nach Russland praktisch eingestellt hat und von den für 2013 vertraglich vereinbarten 7,5 Mrd. m ³ nur 5,65 Mrd. m ³ geliefert hat.
23.12.2013	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass Usbekistan bei der südkoreanischen Firma LS Mtron Ltd. mehr als 24.000 Kleintraktoren für die Baumwollernte bestellt hat, die im Laufe von fünf Jahren ausgeliefert werden sollen.
23.12.2013	The Telegraph veröffentlicht ein Interview mit Gulnara Karimowa, in dem diese alle gegen sie gerichteten Beschuldigungen als vom staatlichen Sicherheitsdienst sowie ihrem Schwager Timur Tillajew fabriziert bezeichnet.
24.12.2013	Präsident Karimow ernennt Rachmat Mamatow zum neuen ersten stellvertretenden Innenminister mit besonderer Zuständigkeit für den Kampf gegen den Terrorismus.

25.12.2013	Präsident Karimow unterzeichnet ein Gesetz, mit dem Steuervorteile für kinderreiche Mütter, Behinderte und Afghanistan-Veteranen abgeschafft werden.
26.12.2013	Nach Angaben der usbekischen Botschaft in Moskau befinden sich derzeit 2,6 Mio. usbekische Staatsbürger in Russland.
28.12.2013	Safar Bekjon, ein im Exil lebendes Mitglied des Demokratischen Fonds Usbekistan, der gemeinsam mit seiner Frau am 23.12. in das Anwesen von Präsidententochter Gulnara Karimowa in Genf eingedrungen war, wird von Sicherheitskräften aus dem Gebäude vertrieben. Die beiden Besetzer sollen dort mehrere wertvolle, verloren geglaubte Kunstschätze aus dem Besitz staatlicher usbekischer Museen gefunden haben.
28.12.2013	Präsident Karimow unterzeichnet das Gesetz über den Beitritt Usbekistans in die Freihandelszone der GUS.
30.12.2013	Usbekische Touristen müssen in Zukunft vor der Ausreise schriftlich versichern, in Usbekistan nicht politisch verfolgt zu sein und im Ausland kein politisches Asyl zu beantragen.
31.12.2013	In seiner im Fernsehen übertragenen Neujahrsansprache kündigt Präsident Karimow für 2014 u. a. den Ausbau der Streitkräfte an.
1.1.2014	Seit Jahresbeginn gelten neue Steuersätze, u. a. ist das Steuerminimum auf persönliches Einkommen auf 7,5 % gesenkt, das für juristische Personen auf 8 %.
2.1.2014	Die Tethys Petroleum Ltd. gibt in einer Presseerklärung ihren Rückzug aus Usbekistan wegen Veränderungen im Geschäftsklima und politischem Umfeld bekannt. Von usbekischer Seite wird seit über einem Jahr wegen Unterschlagung gegen die Firma ermittelt.
8.1.2014	RIA Nowosti meldet, dass die Uzbek Navoi Mining and Metallurgical Combine (NMMC) den Bau von drei Uranminen in der Kyzylkum-Wüste abgeschlossen hat.
10.1.2014	Die Benzinpreise werden ohne Vorankündigung je nach Typ um ca. 15–20 US-Cent pro Liter heraufgesetzt.
13.1.2014	In Taschkent wird der örtliche Leiter einer Filiale der Nationalbank, Schersod Juldaschew, wegen des Verdachts der Unterschlagung von 500 Mio. Som (227.000 US-Dollar) verhaftet.
14.1.2014	Der Vater des bekannten Exiloppositionellen Bachodir Tschorijew, Chasan, wurde aufgrund einer Amnestie aus dem Straflager entlassen, meldet Fergananeews.com. Chasan Tschorijew war im Sommer 2013 wegen Vergewaltigung zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden nachdem sein Sohn, der Führer der Bewegung Birdamlik ist, öffentlich darüber nachgedacht hatte, Präsident Usbekistans zu werden.
15.1.2014	Auf dem 15. Treffen der Zwischenregierungscommission über ökonomische Zusammenarbeit Russland-Usbekistan wird ein Aktionsplan über die Kooperation 2014–2017 unterzeichnet.
15.1.2014	Käufer eines in Usbekistan produzierten PKW müssen ab 1.4.2014 eine Steuer von mindestens 3 % des Kaufpreises zahlen.
15.1.2014	Präsident Karimow betont die Notwendigkeit einer eigenen Rüstungsproduktion in Usbekistan.
16.1.2014	Die russische Gazprom gibt bekannt, dass sie ihre Gasförderung in Usbekistan 2013 um 5 % auf 315 Mio. m ³ gesteigert hat.
16.1.2014	Am Abend wird in Moskau die Leiche eines usbekischen Arbeitsmigranten mit 20 Messerstichen aufgefunden. Die Polizei geht von einem fremdenfeindlichen Hintergrund des Verbrechens aus, berichtet fergananeews.com.
17.1.2014	Naturschützer veröffentlichen Filmaufnahmen, auf denen erstmals in Usbekistan Schnee Leoparden abgebildet sind. Usbekistan ist das westlichste Verbreitungsgebiet der vom Aussterben bedrohten Großkatzen.
18.1.2014	Präsident Islam Karimow gibt auf einer Regierungssitzung die Wirtschaftsdaten für 2013 bekannt. Demnach stieg das BIP um 8 %, die Inflationsrate lag bei 6,8 % und die Auslandsverschuldung Ende 2013 bei 17 % des BIP. Der Export stieg um 10,9 %.
19.1.2014	The Independent berichtet, dass der ehemalige Wachmann der britischen Botschaft in Taschkent, Kajum Ortikow, und seine Familie politisches Asyl in den USA erhalten haben. Ortikow war Anfang 2009 in Taschkent zu sechs Jahren Haft wegen Menschenhandels verurteilt worden, nachdem er sich auch unter Folter geweigert hatte, sich als britischer Spion zu bekennen. Nach seiner Freilassung 2011 war er mit seiner Familie nach Kiew übersiedelt, von britischer Seite soll er keinerlei Hilfe bekommen haben.
20.1.2014	Der Berufungsantrag von Kudratbek Rasulow gegen seine Verurteilung zu acht Jahren Haft wegen Internetkontakten zu Vertretern der usbekischen Exilopposition wird von einem Gericht in Namangan abgelehnt.
20.1.2014	Präsident Karimow unterzeichnet das Gesetz über Ergänzungen des Strafgesetzbuches mit denen das Nichtmelden (geplanter) terroristischer Aktivitäten und die Vermittlung von für terroristische Handlungen notwendigen Kenntnissen mit bis zu sieben Jahren Freiheitsentzug geahndet werden können.

21.1.2014	RIANovosti meldet, dass Usbekistan die Visabestimmungen für ausländische Geschäftsleute und die Registrierungsbestimmungen für ausländische Investitionen gelockert hat.
21.1.2014	12uz.com meldet, dass Usbekistan 2013 60.829 PKW nach Russland exportiert hat, das sind 31 % weniger als im Vorjahr. Die PKW-Produktion stieg nach Angaben des Statistischen Komitees aber um 4,8 %.
22.1.2014	Pakistanische Sicherheitskräfte in Islamabad melden, dass bei einer Aktion gegen Islamisten in Wasiristan 33 Usbeken (und drei Deutsche) getötet wurden.
22.1.2014	Uznews.com meldet, dass am Nationalen Akademischen Theater in Taschkent ein Drama über die Opfer von Menschenhandel Premiere hatte.
22.1.2014	Der neue USAID-Regionaldirektor für Zentralasien, Jonathan Addleton, trifft zu einem mehrtägigen Besuch in Taschkent ein.
22.1.2014	Außenminister Abdulus Kamilow empfängt die Sonderbeauftragte der EU für Zentralasien, Patricia Flor, zu Gesprächen über den Stand der Zusammenarbeit und die Situation in der Region.
23.1.2014	FergananeWS.com meldet unter Berufung auf die französische Nachrichtenagentur AFP, dass Ende Dezember 2013 zwei Manager des Coca-Cola Joint Ventures in Taschkent wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten verhaftet worden seien.
23.1.2014	Uznews.com berichtet, dass das Bildungsministerium angeordnet hat, Uni-Absolventen ihr Abschlusszeugnis nur gegen Vorlage der schriftlichen Arbeitsplatzzusage eines Arbeitgebers auszuhändigen.
23.1.2014	Vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) in Washington beginnen die Anhörungen im Falle von Uzdunrobita. Die Tochterfirma der russischen MTS musste im April 2013 nach Verfolgung durch die usbekischen Behörden ihren Bankrott erklären.
23.1.2014	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass das staatliche Zollkomitee Ermittlungen gegen fünf Zollbeamte des Grenzübergangs Nawoi aufgenommen hat, denen vorgeworfen wird, Frauen vergewaltigt zu haben, bevor sie ihnen den Grenzübergang erlaubten.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Zentralasien-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH, vom Verband der Deutschen Wirtschaft in der Republik Kasachstan und von der GIZ unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g



giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Beate Eschment

Redaktionsassistent: Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2014 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>